



Nie wieder!

"Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!" – dieser Satz aus dem Epilog von Brechts "Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui", einer Parabel auf Hitler, stimmt leider bis heute, wie man nicht erst seit dem Bekanntwerden des NSU im November 2011 weiß. Terroristische

Neonazi-Aktivitäten gab es schon in den 80er Jahren. Dann folgen nach der deutschen Einheit Rostock-Lichtenhagen, Solingen, Hoyerswerda... Allein zwischen 1990 und 2011 starben 181 Menschen - davon mindestens sechs in Leipzig - umgebracht aus rechtsextrem-rassistischen Motiven. Am 6. Mai begann nun in München der Prozess gegen Beate Zschäpe und vier Helfer jenes Trios, das über ein Jahrzehnt ungehindert durch Deutschland ziehen und zehn Menschen ermorden konnte, acht türki-

sche Mitbürger, einen Griechen und eine deutsche Polizistin. Wir sind es den Opfern schuldig, dass der Prozess aufklärt – über das Versagen von Behörden und Ämtern, speziell über die Rolle des Verfassungsschutzes. Viel Hoffnung darf man allerdings nicht haben, denn weder die Polizei noch gewisse Geheimdienststrukturen und der damit repräsentierte tiefe Staat sitzen auf der Anklagebank, obwohl sie maßgebliche Mitschuld für die neonazistische Mordserie tragen.

Zumindest aber muss der Prozess zeigen, wie wichtig es ist, gegen den alten und neuen braunen Sumpf aktiv anzukämpfen, um ihn trocken zulegen. Wir brauchen immer wieder sichtbares bürgerschaftliches Engagement und wir brauchen auch in Sachsen viel mehr langfristige finanzielle Sicherheit für die Projekte, die sich tagtäg-

lich dem Kampf gegen Rechts stellen. Was wir nicht brauchen, ist die Kriminalisierung antifaschistischen und antirassistischen Protestes. Insofern war es sehr wichtig, dass auch in diesem Jahr am 8. Mai in Leipzig unter dem Motto "Die Welt zu Gast auf dem Lindenauer Markt" aus Anlass des



68. Jahrestages der Befreiung vom deutschen Faschismus und Krieg ein Protesttag gegen das Nazi-Zentrum in der Odermannstraße stattfand. Am 8. Mai 1945 hatte das Schlachten in Europa ein Ende. Sechs Jahre dauerte der Zweite Weltkrieg -begonnen mit dem deutschen Überfall auf Polen -standen erst Europa und dann weite Teile der Welt in Flammen. In Brand gesetzt vom Wahn der Nationalsozialisten; beendet von einer Allianz aus Sowjetunion, Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und vielen weiteren Nationen. Etwa 60 Millionen Menschen - davon allein ca. 27 Millionen Sowjetbürgerinnen und -bürger - kostete der Zweite Weltkrieg das Leben. Die zweitgrößte Opfergruppe der Nazis nach den sechs Millionen ermordeten lüdinnen und luden steht leider bis heute im Schatten der Erinnerung. Von den weit über fünf Millionen sowjetischen Soldaten, die ab 1941 in deutsche Gefangenschaft gerieten, büßten mindestens 3,3 Millionen ihr Leben ein. Allein im Kriegsgefangenenlager Zeithain in Sachsen sind in den Jahren 1941 bis 1945 25.000 bis 30.000 sowjetische Kriegsgefangene durch die bewusste Verletzung

des Völkerrechts in Gestalt mangelhafter Ernährung, katastrophaler hygienischer Bedingungen und unbarmherziger Zwangsarbeit zu Tode gekommen.

Diese unbestrittenen historischen Tatsachen leugnen bzw. bagatellisieren die Neonazis, die in der Odermannstraße und an vielen andern Orten unseres Landes ihr Unwesen treiben. Die aktuellen Zerfallsprozesse in der NPD dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass rechtsextremistisches Denken und Handeln – oft-

mals durch Repräsentanten der "Mitte" salonfähig gemacht - weiterhin extrem gefährlich für Migrantinnen und Migranten sowie politische Gegner ist. Eine wirksame Politik dagegen, so fordert es DIE LINKE in ihrem Bundestagswahlprogramm, muss bei den Grundlagen dieser Entwicklung ansetzen: Prekarisierung zurückdrängen, die Demokratisierung der Gesellschaft vorantreiben und soziale Sicherheit schaffen. Im bevorstehenden Bundestagswahlkampf wird sich unsere Partei darüber hinaus gegen alle Ungleichheitsideologien, jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit. Demokratiefeindlichkeit und Neofaschismus einsetzen.

1. Mai – eine notwendige Nachlese

Das hier abgebildete Transparent wurde während der diesjährigen Maikundgebung

des DGB von Vertretern der Leipziger Linksjugend an der Rückseite unseres roten Wahltransporters angebracht. Als ich darum bat, es umgehend wieder abzuhängen, wurde das strikt mit der Bemerkung verweigert, man müsse darüber erst ausführlich diskutieren. Wenn es in unserem Stadtverband zur Normalität wird, erst vor breiter Öffentlichkeit vollendete Tatsachen zu schaffen und erst dann über Anliegen und Sinn zu diskutieren, bleiben demokratisches Miteinander und Streitkultur auf der Strecke.

Der Spruch auf dem Transparent ist weder witzig noch geistvoll, was man eigentlich von jungen Menschen, die ernst genommen werden wollen, hätte erwarten können. Er provoziert vielmehr eine Reihe von Fragen: Bleibt Arbeit auch künftig Voraussetzung für Existenzsicherung und Wohlstand oder



sollten wir etwa Beifall klatschen, wenn die Beschäftigten des Leipziger Siemens-Werkes endlich ihre Arbeit verloren haben? Ist es etwa nicht eine Grundwahrheit, dass die große Mehrheit der von Hartz IV Betroffenen lieber heute als morgen einer beruflichen Tätigkeit, von der sie gut leben kön-

nen, nachgehen würde, als auf Almosen angewiesen zu sein? Ist die Losung der Gewerkschaften, sich für gute Arbeit, gute Löhne und letztlich gute Rente einzusetzen, etwa nicht auch unser politischer Antrieb?

Wir sollten froh darüber sein, in Leipzig ein entspanntes und solidarisches Verhältnis zu den Gewerkschaften erreicht zu haben, das wir auf keinen Fall durch derartige Plakat- oder andere Aktionen aufs Spiel setzen dürfen, weil wir uns ansonsten in die Selbstisolation begeben und bei Wahlen dafür auch einen terrechenden Denkzettel erhalten wür-

entsprechenden Denkzettel erhalten würden.

Dr. Dietmar Pellmann

Linksjugend Thementag, die Erste!

Da im letzten MiB bereits ganz viele wichtige Artikel standen und dieser keinen Platz gefunden hat, erscheint er erst jetzt, aber immer noch in voller Gültigkeit:

Am 16. März fand der erste Thementag der Linksjugend Leipzig statt. An dem Samstag trafen wir uns 11 Uhr im Interkulturellen Konversationscafé und arbeiteten zu vier Themen. Bereits auf dem Stadtjugendtag im November hatten wir uns auf Asyl und Migration, Arbeit, Drogen und Bildung geeinigt. Mit 15 Anwesenden beschlossen wir im Frühstücksplenum wie der Ablauf sein soll. Für jedes Thema wurde eine Workshop-Phase von zwei Stunden angesetzt. Mit Stärkung durch Süppchen und Zwiebelkuchen machten wir uns ans Werk.

Ziel war, Aktionen, Projekte und Material



zu planen, Neues zu erarbeiten und Gelungenes wieder zu beleben. Im Abschlussplenum wurden die Ausarbeitungen vorgestellt und festgehalten. Danach saßen wir noch gemütlich beieinander und haben den Abend ausklingen lassen. Die konkreten Ergebnisse wurden als Dokumentation über unseren Verteiler geschickt. Ein Blick auf linksjugend-leipzig.de lohnt sich.

In den nächsten Jugendplena wird die Arbeit fortgesetzt. Viele Ideen sind entstanden, wir haben einiges vor und sind gespannt, was sich entwickelt. Es war, wie der Titel der Veranstaltung vermuten lässt, nicht der letzte Thementag.

Werner Kujat Linksjugend Leipzig

Resignation oder Weiterdenken?

Wer wir sind

Unsere Frauengruppe LISA gibt es schon seit den 90er Jahren. Wir sind zurzeit neun Frauen, die sich politisch links verorten und mit Hilfe der Partei Die Linke in die Gesellschaft wirken wollen.

Dabei ist unser Themenspektrum sehr breit: im letzten Jahr veranstalteten wir eine Christa Wolf Lesung, beteiligten uns an verschiedenen linken Demonstrationen, nahmen an Gedenkveranstaltungen wie der zum Clara Zetkin Geburtstag am 5. Juli oder am 9. November an "unseren" Stolpersteinen der Familie Meister in der Tschaikowskistraße teil.

Im Gleichstellungsbeirat der Stadt Leip-

zig sind wir regelmäßig vertreten. Ebenso wichtig sind uns die Landeslisa - Vernetzungstreffen.

Zum Tag "Nein zu Gewalt an Frauen" am 25.11.12 konnten wir mit Migrantlnnen des Asylbewerberheims Grünau ins Gespräch kommen, die Besucherlnnen unseres Frauenfrühstücks über die desolate Lage des Heims informieren und Spenden sammeln. Diese werden einem Sommerfest mit den Migrantinnen oder einem Theaterprojekt zugutekommen.

Dass sich jede unserer Frauen ihren beruflichen Tätigkeiten entsprechend engagiert - und natürlich auch dort in der sozialen und der Frauenfrage - gehört für uns dazu.

So sind wir bspw. in Betriebs- und Personalräten vertreten.

Kommunikation als Katalysator

Mit Erstaunen stellten wir zum letzten Treffen mit dem Stadtvorstand fest, dass selbst einige Mitglieder diese Gremiums uns nicht so richtig verorten konnten. Ich denke, es ist sehr wichtig, an dieser Stelle anzusetzen und einen besseren Austausch zwischen den Gruppen und auch zwischen den AGs und dem Stadtvorstand zu ermöglichen. Versuche einer besseren parteiinternen Kommunikation gab es vor gar nicht langer Zeit - was ist daraus geworden? Wieso verschenken wir hier viel Potential? Gegenseitige Unterstützung, also auch zwi-

schen den AGs, ist für uns ein Grundgedanke linker Politik. Dass wir an dieser Stelle auch unseren Beitrag leisten und mehr in Erscheinung treten sollten, sehen wir. Einen Anfang dazu machten wir am 6. März, als wir mit der BO Grünau Nord in rege Diskussion zum Thema "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" traten.

Der Weg in die Krise

An Stadtparteitagen nimmt eine Delegierte unserer Gruppe teil. Dass es beim letzten im November stattgefundenen zu einem Eklat kam, ist bekannt und wurde von uns in drei Anläufen mit dem Stadtvorstand und interessierten Parteimitgliedern diskutiert. Das Ergebnis ist für uns sehr unbefriedigend. Über Beweggründe, wie sich einige Menschen hier selbst entblößten, können wir nur spekulieren, nicht jedoch über die des Stadtvorstandes, den § 9 Gleichstellung der Bundessatzung völlig zu ignorieren: demnach ist nach Absatz 1 "Die Förderung der Gleichstellung der Mitglieder und die Verhinderung jeglicher Art von Diskriminierung" ein Grundprinzip der Partei. "Jeder direkten oder indirekten Diskriminierung oder Ausgrenzung ist durch alle Parteimitglieder entschieden zu begegnen."

Das hat der Stadtvorstand nicht getan und dies führte für uns als Gruppe zu der Frage, ob es sinnvoll ist, weiterhin im Leipziger Stadtverband zu agieren. Eine junge Genossin hat reagiert und ist nach diesem Stadtparteitag aus der Partei ausgetreten.

Basiskoferenz

Mach mit, mach's nach, mach's besser! Basiskonferenz der Leipziger LINKEN zum Bundestagswahlkampf

Wer neue oder alte Ideen für den kommenden Bundestagswahlkampf hat, der und die ist herzlich eingeladen zur nächsten offenen Basiskonferenz mit Workshops und Ideenbörse

am Samstag, den 25.05.2013,10 bis 15 Uhr im Liebknechthaus, Braustraße 15

Los geht es um 10 Uhr unterm Dach mit einem gemeinsamen Frühstück am bunten Mitbringbuffet (wir stellen Getränke, Brot, Butter und ihr bringt den Rest mit).

Anschließend wollen wir uns in Workshops und Diskussionsrunden über Methoden, Zielgruppen und Schwerpunkten im Bundestagswahlkampf verständigen. Vor Ort wird auch der Landeswahlkampfmanager Lars Kleba sein.

"Können wir uns das leisten?" hier zu fragen wäre sicherlich auch richtig, entscheidend ist aber, über unser feministisches Verständnis als Stadtverband nachzuden-

Klar ist es unsere Aufgabe als feministische Gruppe, hier progressiv in die Partei hinein zu wirken. Wenn aber...? Die Situation ist für uns schwierig.



Wie weiter?

Im Leipziger Stadtverband gibt es nicht wenige Mitglieder, die unsere Grundsätze teilen und uns als LISA unterstützen. Diesen Menschen gilt unser Dank.

Ebenso aufbauend empfanden wir die Gespräche mit Susanna Karawanskij und Holger Luedtke, die mit uns in ihrer Funktion als Kreisvorsitzende Perspektiven unserer Arbeit als AG LISA (auch) in den beiden Landkreisen diskutierten.

Unserer besonderer Dank gilt Dr. Petra Lau, die uns am Himmelfahrtstag kurzfris-

tig einen Besuch der Dr. Margarete Blank Gedenkstätte in Panitzsch ermöglichte. Die Führung durch das Wohnhaus der engagierten Ärztin zeigte uns eine Frau, die für ihr humanistischen Ideal einstand: sich nicht der nationalsozialistischen Diktatur unterwarf indem sie es offen ablehnte, mit dem Hitlergruß zu grüßen oder gar der NS-DAP bzw. dem NS-Ärztebund beizutreten. Unter Umgehung staatlicher Anweisungen besorgte sie dringend benötigte Medikamente für Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, denen ärztliche Hilfe untersagt war. Eine Frau, die für ihren Mut nach Denunziation in den letzten Kriegswochen bezahlen musste: am 8. Februar 1945 wurde Margarete Blank wegen "Wehrkraftzerset-

Beim gemeinsamen Brunch kamen wir mit der aufgeschlossenen Historikerin ins Gespräch, die ihre Sorge um der Erhalt der Gedenkstätte offenlegte. Unsere Spende soll die anstehende Restaurierung unterstützen

zung" von den Nazis hingerichtet.

Dieser erste Versuch, über die Grenzen des Stadtverbandes hinaus zu schauen und Wirkungsfelder im Leipziger Land zu erkunden, ist uns gelungen. Wie unsere Zukunft als AG LISA aussehen wird - das ist eine Frage mit noch offenem Ausgang.

Susanne Scheidereiter AG LISA

Einladung zur Mitgliederversammlung

Im Jahr der Bundestagswahl haben wir als interessanten Gesprächspartner ein ehemaliges Mitglied des Ortsverbandes Leipzig-Stötteritz gewonnen, der jetzt an zentraler Stelle in unserer Bundestagsfraktion tätig ist.

Thema: Einblick in die Arbeitsweise der LINKSfraktion im Bundestag.

Gast: Alexander Reetz, Mitarbeiter der

LINKSfraktion im Bundestag.

Zeit und Ort: Donnerstag, 23. Mai 2013, 18 Uhr Gartengaststätte "Am Kärrnerweg" (Nähe Endstelle 4, Holzhäuser Str.) Wir laden die Mitglieder der LINKEN, alle Sympathisanten und interessierte Bürger herzlich dazu

Stadtbezirksvorstand Leipzig-Südost der LINKEN

CSD 2013 - L(i)eben und L(i)eben lassen

Wie auch die letzten Jahre wird die Woche des Christopher Street Day in Leipzig (12. Juli - 20. Juli) wieder von links bereichert. Neben eigenen Veranstaltungen des linXXnet e.V., des SDS und der LAG Queer wird sich die Linksjugend Leipzig wieder mit einem Wagen und einem Stand an der großen Demo am Samstag (20.Juli) beteiligen. Im Fokus liegt dieses Jahr vor allem Osteuropa, denn dort hat sich die homophobe Situation von gesellschaftlicher und staatlicher Seite aus stark verstärkt. In der Russischen Förderation beispielsweise wurden Gesetze gegen die "Propaganda für Homosexualismus" erlassen die Demonstrationen für LGBT-Rechte und ebenso eine Aufklärungsarbeit über alternative Lebensweisen strafbar machen. Hierzu wird zusammen mit der AG Russland einen Kurzfilmabend mit anschließender Diskussion in der Universität Leipzig stattfinden. Ebenfalls geplant ist eine Ausstellung zur homosexuellen Emanzipationsbewegung in Berlin. Nähere Infos zu den Veranstaltungen und Aktionen finden sich im bald erscheinenden CSD-Programm sowie im nächsten Mitteilungsblatt.

Jacob Wagner, Linksjugend Leipzig

Mensch vor Marge - LINKE solidarisch mit Siemens-Beschäftigen

Unter dem Motto "Wir lassen uns nicht abschalten! Siemens - Zukunft nur MIT uns! Menschen vor Marge!" kämpfen die Beschäftigten des Siemenswerkes für Schaltanlagenbau in Böhlitz-Ehrenberg unter Führung der Leipziger IG Metall seit mehreren Wochen sehr entschieden um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Mitte März hatte die Nachricht im Leipziger Westen wie eine Bombe eingeschlagen, dass die Konzernleitung 325 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Fertigung sowie 40 Leiharbei-

terinnen und Leiharbeitern sowie 24 Menschen in einer Behindertenwerkstatt kündigen und den Betrieb nach Portugal verlagern will. Doch die Chefs in München machten ihre Rechnung ohne die Belegschaft, die keinesfalls Opfer überzogener Renditeziele, desaströser Managementfehler und einer defensiven Konzernstrategie werden will. "Diese Kahlschlagpolitik werden wir mit hartem und kreativem Widerstand bekämpfen. Bis zur Konzernzentrale in München werden die Aktionen reichen.

Hier geht es nicht nur um die Schaltanlagenbauer, sondern um die rund 2.000 Siemens-Beschäftigten in Leipzig und um die Verantwortung des Konzerns für den Osten", erklärte beispielsweise Bernd Kruppa, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Leipzig. Diese Kampfansage wurde auch von der Leipziger LINKEN und speziell mir als dem "zuständigen" Wahlkreisabgeordneter aufgegriffen und beispielsweise mit meiner Kleinen Anfrage "Maßnahmen der Staatsregierung zur Sicherung der Arbeitsplätze im Leipziger Siemenswerk" im Landtag (siehe Drucksache 5/11603) parlamentarisch aktiv unterstützt. Wir werden Wirtschaftsminister Morlok mit seiner Antwort genau beim Wort nehmen, ob ihm und der schwarz-gelben Staatsregierung neben dem Erhalt des Standortes "insbesondere eine Beschäftigungsperspektive für die Mitarbeiter von hohem Wert" ist.

Den vorläufigen Höhepunkt der bisherigen Auseinandersetzung bildete zweifellos ein sogenannter "Food-Walk" am Montag, dem



22. April 2013, an dem auch ich teilnahm. Rund 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verließen den Betrieb, um gemeinsam eine Wurst als Mittagessen einzunehmen. Verstärkung kam von den im Schließungsfall durch Insolvenz bedrohten Beschäftigen des nahegelegenen Zulieferers M & V Siegmar, 20 betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer Behindertenwerkstatt der AWO Leipzig, die wie bereits erwähnt direkt im Werk tätig sind und Delegationen mehrerer ostdeutscher Siemens-Standorte. Der Betriebsratsvorsitzende Michael Hellriegel stellte trotz des Ernstes der Lage auf sprachlich witzige Weise den Bezug zu den Schließungsplänen her: "Wenn es um die Wurst geht, geben wir unseren Senf dazu." Gemeinsam mit der Vorsitzenden des Konzernbetriebsrats, Bettina Haller, Gesamtbetriebsrat Olaf Bolduan, Irene Schulz vom Siemens Team der IG Metall und dem 1. Leipziger IG Metall-Bevollmächtigten Bernd Kruppa (siehe Foto vorn) informierte er über die Lage. Nachdem Siemens den

> Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen erklärt hat, arbeiten nun alle Beteiligten auf Hochtouren für alternative Konzepte zur Standortentwicklung.

Während der Kundgebung wurden auch Unterschriftenlisten ausgeteilt, bei der die Bürgerinnen und Bürger der Region Leipzig ihre Solidarität mit den Beschäftigten bekunden können. Die Leipziger LINKE begann noch am gleichen Tag, diese Möglichkeit der solidari-Bernd Kruppa IG Metall-Chef und Dr. Volker Külow beim "Food Walk" am 22.04.13 der Siemens-Beschäftigten umzu-

setzen und sammelt seit diesem Tag entsprechende Unterschriften. Wir stehen in diesem Arbeitskampf nicht zuletzt auch deshalb mit besonderem Engagement an der Seite der Betroffenen, weil sich besonders die Menschen mit Behinderungen in der anerkannten Werkstatt nur schwer zur Wehr setzen können. Durch einen Besuch vor Ort konnte ich mich persönlich von deren qualifizierten und engagierten Tätigkeit überzeugen.

Volker Külow

Voller Trauer nehmen wir Abschied von Ruth Guthmann

In tiefer Trauer gibt die AG Cuba sí Leipzig bekannt, dass die Mitbegründerin und langjährige Sprecherin der AG, Ruth Guthmann, am 22. April 2013 nach langwieriger schwerer Krankheit im Alter von 76 Jahren verstorben ist.

Geprägt durch ihre Erziehung im Elternhaus und die Ausübung verschiedener Funktionen in der Partei und in gesellschaftlichen Organisationen sowie durch viele Reisen in andere Länder entwickelte sie sich zur aufrechten Kämpferin für Gerechtigkeit und zur Internationalistin. In den letzten beiden Jahrzehnten ihres Lebens bestand der Hauptinhalt ihres Wirkens darin, sich in Leipzig für die konkrete solidarische Hilfe für das kubanische Volk zu engagieren und gegen die menschenfeindliche und rechtswidrige Wirtschafts- und Finanzblockade der USA und ihrer EU-Verbündeten, darunter Deutschland, anzukämpfen.

Die Schwerpunkte ihrer Arbeit in der AG Cuba sí Leipzig waren allumfassend. Insbesondere ging es dabei um die Unterstützung der wichtigen zentralen Projekte "Milch für Kubas Kinder" und "Kuba muss überleben". Weiterhin organisierte sie eine umfassende materielle und finanzielle Hilfe für den Kindergarten "Estrellitas Nacientes" in Matanzas sowie damit verbundene Unterstützungsmaßnahmen für die Beseitigung von Hurrikanschäden. Im Rahmen der politischen Solidarität mit Kuba lenkte sie die Aktivitäten unserer AG auf den

Kampf um die Befreiung der seit nunmehr 15 Jahren von den USA widerrechtlich eingekerkerten kubanischen fünf Anti-Terror-Kundschafter (Cuban Five).

Ruth gab uns mit ihrem reichen Erfahrungsschatz und durch ihre klare politische Weitsicht stets richtungweisende Anleitungen für unsere Arbeit.

Wir sind stolz, eine so konsequente Internationalistin in unserer Gruppe gehabt zu haben. Wir werden ihr Andenken in Ehren halten und unsere Arbeit in ihrem Sinne fortsetzen.

> Cuba sí Leipzig AG der Partei DIE LINKE

Mala Upa

Es ist bald wieder so weit, dass sich Kommunisten, Sozialisten, Antifaschisten und Friedenskämpfer in Mala Upa in Tschechien treffen.

Genau am 31. August 2013 wird am Fuße der Schneekoppe das Antifa-Treffen stattfinden.

Die seit 1922 gepflegte Tradition der Zusammenarbeit von linken Kräften konnte 2012 seinen 90 Jahrestag begehen. Alle, die dabei waren, spürten was Aktionseinheit bedeutet. Das nicht jeder sein eigenes Süppchen kocht und dabei die Kapitalisten in aller Ruhe die Ausbeutung und den Abbau demokratischer und sozialer Rechte vorantreiben.

Es war und ist immer wieder ein Treffen von Gleichgesinnten im gemeinsamen Kampf gegen Entsolidarisierung und Spaltung, sowie dem Willen der kapitalistischen Ausbeutung und reaktionären Gewalt entgegen zu treten.

Es sind aber auch Treffen, die geprägt sind von der Freude des Wiedersehens mit Kampfgefährten aus Tschechien, Polen, Deutschland und anderen Ländern.

Ein besonderes Erlebnis für alle Teilnehmer ist immer die Teilnahme der Enkelin von Ernst Thälmann.

Schon 1927 rief Genosse Ernst Thälmann in Mala Upa zum gemeinsamen Handeln gegen den Faschismus auf und erreichte, dass tschechische Genossen nach der Machtergreifung Hitlers, gefährdete deutsche Genossen über die Grenze brachten. Die Kinder und Enkel dieser Genossen, die ihr Leben für die internationale Solidarität einsetzten, leben noch.

Die Teilnehmer, die dieses Jahr nach Mala Upa fahren, werden versichern - so wie es im Entwurf unseres Wahlprogramms steht dass wir jede imperialistische Politik ablehnen, dass wir wollen, dass sich Deutschland weder an bewaffneten Konflikten und Kriegen beteiligt, noch diese direkt oder indirekt unterstützt und dass wir für politische und nicht für militärische Lösungen in der Außenpolitik eintreten.

Zum Riesengebirgstreffen 2013 laden die Kreisorganisationen Trutnov der Kommunistischen Partei Böhmen und Mähren sowie der Kreisklub des tschechischen Grenzlandes ein. Die deutsche Initiativgruppe Riesengebirgs-Treffen ruft alle antifaschistisch, demokratisch und antikapitalistisch gesinnten Bürgerinnen und Bürger, ob jung oder alt auf, sich an der internationalen Kundgebung am Sonnabend, dem 31. Au-

gust 2013 in Mala Upa und an den Veranstaltungen des Treffens – Schneekoppenaufstieg, Freundschaftstreffen, Meeting in Kralovec – zu beteiligen. Das Berliner Reisebüro TUK organisiert dazu wieder eine Fahrt in das Riesengebirge vom 29.08. bis 01.09.2013.

Für alle, die nicht mehr die Schneekoppe ersteigen können ist eine Fahrt in den Kurort Janske Lazne zur Auffahrt mit der Kabinenbahn zum Cerna Hora (1299m) vorgesehen. Außerdem findet ein Tagesausflug nach Prag, in das Jüdische Museum mit Jüdischem Friedhof statt. Auf der Rückfahrt ist in Liberec Gelegenheit zum Bummeln.

Die Fahrt mit dem Reisebüro TUK kostet pro Person im DZ 273,-Euro. Einzelzimmerzuschlag 24,- Euro. Abfahrt und Ankunft wird am Busbahnhof des Leipziger Hauptbahnhofs sein.

Wer will, kann natürlich auch privat mit dem PKW nach Mala Upa fahren.

Ich hoffe sehr, dass sich wieder zahlreiche Teilnehmer melden. Anfragen bitte an die Geschäftsstelle des Stadtvorstandes richten

Gerda Uhlig

Auswirkungen der Flexstrom Insolvenz auf die Kunden

Flexstrom-Insolvenz: Unternehmen stellt Belieferung ein

Nach der Insolvenz-Anmeldung hat Flex-Strom die Belieferung seiner Kunden mit Strom eingestellt. Betroffene sollten jetzt ihre Verträge kündigen und neue Anbieter suchen. Trotz des Lieferstopps sitzen Kunden von FlexStrom und deren Töchtern Löwenzahn Energie und OptimalGrün nicht im Dunkeln. Sie werden automatisch vom Grundversorger in ihrer Gemeinde - das sind in der Regel die Stadtwerke oder ein großes Verbundunternehmen wie RWE - beliefert. Allerdings sollten die Verbraucher nun tätig werden. Die Ankündigung des Insolvenzverwalters, die Belieferung der Kunden mit Strom einzustellen, gibt ihnen das Recht, ihre Verträge mit FlexStrom, Löwenzahn Energie oder OptimalGrün fristlos zu kündigen. Ebenfalls kündigen sollten Verbraucher, die ihren Stromvertrag erst

Gleichzeitig können Betroffene nach Meinung der Verbraucherzentrale alle Zahlungen einstellen, auch wenn der Flex-Strom-Insolvenzverwalter mitteilt, dass

kürzlich abgeschlossen, aber noch nicht

bezahlt haben.

die "Zahlungen weiter fällig" seien. Da FlexStrom nämlich keine Leistung mehr erbringt, hat der Insolvenzverwalter keinen Anspruch auf weitere Abschlagszahlungen. Vielmehr können betroffene Kunden nun die Schlussrechnung des Insolvenzverwalters abwarten und müssen nur für die tatsächlich erhaltene Energie zahlen.



Aufpassen sollten daher Verbraucher, die ihre Abschlagszahlungen bisher im Lastschriftverfahren entrichtet haben. Ein der Bank erteilter Dauerauftrag bzw. eine Flexstrom erteilte Einzugsermächtigung sollten umgehend widerrufen werden. Werden trotz Kündigung des Liefervertrags und Widerruf der Einzugsermächtigung weitere Beiträge per Lastschrift abgebucht, so

kann der Kunde sein Geld noch bis zu 13 Monate nach der Belastung von der Bank zurückverlangen.

Kunden sollten möglichst umgehend den Zählerstand ablesen und die entsprechenden Angaben im Kündigungsschreiben an den Insolvenzverwalter mitschicken.

FlexStrom-Kunden sind nach dem Liefer-

stopp automatisch in der gesetzlichen Ersatzversorgung. Sie erfolgt zu hohen "Allgemeinen Preisen", so der juristische Fachbegriff, und dauert maximal drei Monate. In dieser Zeit können Verbraucher einen neuen Stromliefervertrag mit einem Anbieter ihrer Wahl abschließen. Tun sie das nicht, bleiben sie automatisch Kunden des Grundversorgers, der sie weiter zu Allgemeinen Preisen bedient. Aber auch ein solches Grundversorgungsverhältnis können Verbraucher

jederzeit mit einer Frist von zwei Wochen kündigen. Es steht ihnen jederzeit frei, mit dem Grundversorger einen besseren Tarif auszuhandeln oder zu einem anderen Anbieter zu wechseln.

Verbraucherzentrale Karin Gründel

Ist der § 22 SGB II Abs.1 Satz 1 verfassungswidrig?

Ist der § 22 Abs.1 Satz 1 des SGB II verfassungswidrig?

§ 22 SGB II Bedarfe für Unterkunft und Heizung

(1) Bedarfe für Unterkunft und Heizung werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen anerkannt, soweit diese angemessen sind.

Am 15.02.2013 hat das Sozialgericht in Leipzig mit dem Aktenzeichen "S 20 AS 2707/12" ein geradezu revolutionäres Urteil zu den Kosten der Unterkunft gefällt.

So entschied das SG Leipzig, dass die Regelung des § 22 Abs. 1 Satz 1 (siehe oben) nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtes in seinem Urteil zum SGB II (Hartz IV) vom 09.02.2010 (AZ: 1 BvL 1/09, 1 BvL 3/09, 1 BvL 4/09) genüge, da diese Vorschrift nicht hinreichend bestimmt genug festlege, in welcher Höhe Leistungsberechtigten nach dem SGB II Leistungen zur Unterkunft zustehen.

So heißt es in dem Urteil:

"Es ist weder Aufgabe der Verwaltung noch der Rechtsprechung, die Höhe bzw. den Umfang des sich aus § 22 Abs.1 Satz 1 SGB II ergebenden Leistungsanspruchs zu bestimmen. Dies ist alleine Sache des Gesetzgebers und zwar, da es sich beim SGB II um Bundesrecht handelt, primär des Bundesgesetzgebers.

[...]

Die derzeitig geltende Regelung ist jedoch als gesetzliche Grundlage für einen individuellen Sozialleistungsanspruch in Tatbestand und Rechtsfolge gerade nicht hinreichend bestimmt. Denn ließen sich die angemessenen Kosten ebenso einfach und klar bestimmen wie die tatsächlichen Kosten, gäbe es nicht schon seit Jahren die andauernde Flut von Rechtsstreitigkeiten um die vom Leistungsträger anzuerkennenden Unterkunftskosten.

[...]

Dem folgend legt die Kammer die Vorschrift so aus, dass vorrangig der Teil (des SGB II Absatz 1 Satz 1) maßgeblich ist, der den verfassungsrechtlichen Vorgaben genügt. Das ist der erste Halbsatz, der auf die tatsächlichen Kosten abstellt.

Der verbleibende Teil, der defizitäre zweite Halbsatz, ist lediglich in Ausnahmefällen heranzuziehen. Er kann vorläufig nur als eine Art korrektiv dienen, nämlich dann, wenn die Unterkunftsverhältnisse bzw. –kosten in einem offensichtlichen Missverhältnis zu den sonstigen Lebensumständen des ALG-II-Empfängers stehen. Mit anderen Worten: Das Maß ist überschritten, wenn

Empfänger von Sozialleistungen in Luxusunterkünften wohnen.

Bewegen sich die Unterkunftsverhältnisse bzw. -kosten hingegen im gewöhnlichen, d. h. durchschnittlichen Rahmen, sind sie vollständig zu übernehmen.

Aufgrund des abweichenden Urteils zu der durchgehenden Rechtsprechung hat das Sozialgericht die Berufung zugelassen. Nun bleibt abzuwarten, wie das Landessozialgericht sich dazu verhält. Allerdings haben inzwischen zwei weitere Sozialgerichte –das SG Mainz und das SG Dresden- mit einem ähnlichen Tenor geurteilt.

Und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales selber verweist in seiner neuesten Broschüre "Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II –Fragen und Antworten auf Seite 81 Ziffer 66 zur Frage der Angemessenheit von Unterkunftskosten auf das Wohngeldgesetz.

Die Kosten der Unterkunft bleiben also ein Dauerbrenner, und man kann gespannt sein, welche Auswirkungen das Urteil des SG Leipzig auf den weiteren Verlauf dieser unendlichen Geschichte haben wird. Den Betroffenen in Leipzig kann man auch weiterhin empfehlen im Zweifel das Sozialgericht anzurufen.

Naomi-Pia Witte

Tagesordnung für die 3. Tagung des 3. Stadtparteitages

Am 8. Juni 2013; ab 09.30 Uhr findet die 3. Tagung des 3. Stadtparteitages in dem Veranstaltungsssal der Leipziger Verkehrsbetriebe, Lüzner Straße, an der Angerbrücke statt.

Auf seiner Sitzung am 14. Mai hat der Stadtvorstand folgende Tagesordnung beschlossen:

1. Eröffnung und Begrüßung

- 2. Konstituierung der 3. Tagung des 3. Stadtparteitages (Tagesordnung, Zeitplan)
- 3. Referat des Vorsitzenden
- 4. Einbringung des Entwurfs der drogenpolitischen Leitlinien
- 5. Diskussion
- 6. Bericht der Mandatsprüfungskommission

7.Diskussion und Beschlussfassung der ordnungs- und sicherheitspolitischen Leit-

linier

- 8. Jahresabrechnung Finanzen 2012
- 9. Vorstellung und Wahlen:
- c. Nachwahl eines Mitgliedes des Stadtvorstandes – gemischte Liste
- 10. Anträge
- 11. Schlusswort

DIE LINKE. Leipzig Stadtvorstand

Korrektur

Bei der Gestaltung des letzten Mitteilungsblattes ist uns leider ein bedauerlicher Fehler unterlaufen, durch den im letzten Absatz des Artikels "Blick durchs Milchglas" von Tilmann Loos der Schluss abgeschnitten wurde. Hier nun also zur Vervollständigung der letzte Absatz des betreffenden Artikels in vollständiger Länge, verbunden mit einer Entschuldigung für den Fehler:

Nun muss man dazu sagen, dass zum Beispiel die erhöhte Mitgliedschaft einer Altersgruppe nicht automatisch mit höheren Wahlergebnissen in der gleichen Gruppe einhergeht – und andersherum. Gleichzeitig gilt, dass die Attraktivität einer Partei und auch ihrer KandidatInnen nicht ausschließlich in einem Wahlkampf bestimmt wird, sondern eben auch durch inhaltliche Positionen und ein langfristiges Erscheinungsbild. Insofern lässt sich die Frage der Autoren, ob man "genügend mit der Lebenswelt der Mehrheit der jungen Menschen" (S. 16, Anm.: Warum eigentlich nur mit der "Mehrheit"?) vertraut sei klar mit "Nein" beantworten. Das ist zunächst nicht weiter schlimm und eine wichtige Erkenntnis, so es denn auch Konsequenzen hat. Dazu gehört beispielsweise auch

eine bestimmte politische Kultur, die auch auf der zweiten Basiskonferenz erwähnt worden ist. Fragen von Geschlechtergerechtigkeit als "Gedöns" zu bezeichnen, das zum Teil aggressive Zwischenrufen einiger älterer Herren auf Parteitagen, bei öffentlichen Parteiveranstaltungen häusliche Gewalt zu relativieren, unprofessionelles (und gegen die Gestaltungsrichtlinien der Partei verstoßendes) Material, sowie Denunziationen einzelner Genosslnnen in der hier besprochenen Wahlanalyse (siehe S. 14) gehören definitiv nicht zu einer solchen Kultur, die die Menschen willkommen heißt.

Tipps und Veranstaltungen

Beratung der Ortsvorsitzenden und Spre- AG Linke UnternehmerInnen cher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 16

AG Betrieb & Gewerkschaft

2. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Cuba si

2. Dienstag, 19:00 Uhr

AG Frieden und Gedenken

4. Dienstag, 17:30 Uhr

AG Junge Genossinnen

1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

1. Freitag im Monat, 15:30 Uhr, Wahlkreisbüro Volker Külow G-Schwarz-Str 8

3. Samstag, 10:00 Uhr, Bürgerbüro MdB Dr. Höll und MdL Dr. Runge, Gorkistraße 120

Lisa emanzipatorische Frauengruppe

Dienstag, alle 14 Tage fortlaufend, Ort auf Anfrage: 0177 - 79 71 080

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:30 Uhr, LHL.

GBM e. V. - Sprechstunden

1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. - Sprechstunden

3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Str. d. 18. Okt.

Linksjugend - Plenum

Stuttgarter Allee 16

- 1. Donnerstag, 18:00 Uhr
- 3. Donnerstag, 18:00 Uhr (Stammtisch)

Literaturkabinett im Liebknecht- Haus

letzter Mittwoch, 19:00 Uhr

Ökologische Plattform

1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Conny Falken, Coppistraße 63

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

mittwochs, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 2.116, Beethovenstraße 15

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Mi., 22 . Mai 2013 - 18.00 Uhr

Vortrag: Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig/Klagenfurt; Von der Njemjezkaja Sloboda in Moskau im erstes Drittel des 18. Jahrhunderts; REIHE: Deutsche und Russen, Russen und Deutsche. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Mi., 22. Mai 2013 - 15.00 - 17.00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann. Wahlkreisbüro, Stuttgarter Allee 16

Do., 23. Mai 2013 - 17.00 Uhr

Diskussion/Vortrag: Mit Prof. Dr. Horst Richter, Freital; Die letzten Jahre der UdSSR. Zerfall und Niedergang; Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Do., 23. Mai 2013 - 18.30 Uhr

REIHE: Rosa L. in Grünau, Diskussion/ Vortrag: Mit Wolfgang Geier, Leipzig/Klagenfurt; Das Erbe der osmanischen Kultur in Europa; Klub Gshelka. An der Kotsche 51, 04207 Leipzig

Fr., 24. Mai 2013 - 18.00 Uhr

Lesung/Gespräch: Verboten, verfemt, verbrannt - aber nicht vergessen. Lesung aus Anlass der Bücherverbrennung vor 80 Jahren; In Kooperation mit dem Dialog e.V. Leipzig. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Sa., 25. Mai 2013 - 20.00 Uhr

Filmabend der Arbeitsgemeinschaft Junge

GenossInnen. Gezeigt werden gesellschaftskritische und politische Filme. Der Eintritt ist frei. Gezeigt wird der Film: "Karbid und Sauerampfer". Liebknecht-Haus, Braustra-

Mo., 27. Mai 2013 - 16.00 - 18.00 Uhr Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Sören Pellmann. Grünau Wahlkreisbüro,

Di., 28. Mai 2013 - 13.00 - 15.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Dr. Skadi Jennicke im Bürgerbüro MdL Cornelia Falken. Coppistraße 63, Leipzig

Di., 28. Mai 2013 - 18.00 Uhr

Diskussion/Vortrag: Mit Jens Grandt, Moderation: Dr. Jürgen Stahl; Markt, Markt und nochmals Markt! Neoliberale Wirtschaftspolitik als Praxis säkularer Religion. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Mi., 29. Mai 2013 - 17.00 - 19.00 Uhr

Öffentliche Fraktionssitzung; Stadtteilentwicklung im Leipziger Südwesten; Gäste: Ralf Barwik, Abteilungsleiter Straßenentwurf; Ariane Jedlitschka, essential existence gallery (EEG); Patrice Catillo Rechtsanwalt, Initiative Stadt für Alle! Heiko Müller, Stadtumbaumanagement Leipziger Westen; Marco Böhme, Stadt- und Raumplaner. Forum Welthandel; Gießerstraße 75; 04229 Leipzig

Do., 30. Mai 2013 - 19.00 Uhr

Diskussion / Vortrag: Mit Kolja Lindner, Politikwissenschaftler, Berlin; Gesellschaftstheorie; Eurozentrismus bei Marx; Vorlesungsreihe MarxExpedition 2013. Universität Leipzig, Hörsaalgebäude, HS 8

Fr., 31. Mai 2013 - 20..00 Uhr

Kunst/Architektur: com.dichter; REIHE zu Lyrik und Prosa. hinZundkunZ,Georg-Schwarz-Straße 7; Leipzig

Mi., 05. Juni 2013 - ab 7.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Carola Lange. Bürgerverein Volkmarsdorf, Konradstraße 60 a

Mi., 05. Juni 2013 - 16.00 - 18.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Volker Külow und der Stadträtin Naomi-Pia Witte. Abgeordnetenbüro Georg-Schwarz-Straße 8

Mi., 05. Juni 2013- 18.00 Uhr

Diskussion/Vortrag: Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig/Klagenfurt; ,Charlottengrad' in Berlin 1918-1923; REIHE: Deutsche und Russen, Russen und Deutsche. Wahrnehmungen aus fünf Jahrhunderten. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Mi., 05. Juni 2013 - 16.00 - 18.00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann. Wahlkreisbüro, Stuttgarter Allee 16

Mo., 10. Juni 2013 - 16.00 - 18.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Sören Pellmann. Grünau Wahlkreisbüro, Stuttgarter Allee 16

DIE LINKE verständigte sich auf Arbeitsschwerpunkte

Während ihrer traditionellen Frühjahrsklausur am 13. und 14. April 2013 in Machern verständigten sich die Stadträtinnen und Stadträte der Fraktion DIE LINKE über geeignete Schwerpunkte ihrer Arbeit bis zum Ende der Wahlperiode im Sommer 2014:

- 1. Die Weiterentwicklung des öffentlichen Nahverkehrs: Wir werden unsere Aktivitäten für ein Stopp der jährlich stattfindenden Fahrpreiserhöhungen fortsetzen, um zu sichern, dass alternative Finanzierungsmodelle für den öffentlichen Personennahverkehr entwickelt werden.
- 2. Die soziale Stadtentwicklung: Wir werden uns für eine soziale Durchmischung in den Wohngebieten einsetzen. Soziale Aus-



grenzung und Ghettoisierung ist entgegen zu wirken. Die Bereitstellung von bedarfsdeckenden Plätzen in Kindertageseinrichtungen und Schulen in allen Stadtgebieten ist zu sichern.

3. Die Sicherung und Weiterentwicklung der kommunalen Daseinsvorsorge: Durch

die Stärkung der kommunalen Beteiligungen in den Stadtwerken (SWL), den Wasserwerken (KWL), den Verkehrsbetrieben (LVB) und der kommunalen Wohnungsgesellschaft (LWB) ist die kommunale Daseinsvorsorge zu sichern.

4. Die Beseitigung prekärer Beschäftigungsverhältnisse: Durch die Sicherung beschäftigungspolitischer Mindeststandards, wie z. B. Mindestlöhne, sind Beschäftigungsverhältnisse, in denen existenzsichernde Einkommen gezahlt werden, zu entwickeln.

Sören Pellmann Fraktionsvorsitzender

Buchpremiere mit Egon Krenz in Leipzig

Buchpremiere mit Egon Krenz in Leipzig

Gemeinsame Buchpremiere vom Verlag Das Neue Berlin und LEIPZIGS NEUE Freitag, den 28. Juni 2013, 19.00 Uhr, Alte Handelsbörse (Naschmarkt 1)

Dass Egon Krenz ein Buch über den gebürtigen Leipziger Walter Ulbricht macht, war in einer bestimmten Presse eine mitteilenswerte Tatsache. Der eine Diktator schreibt über den anderen Diktator, hieß die unterschwellige Botschaft: Da wird schon etwas Bizarres herauskommen. Das weitaus Interessantere an diesem Buchprojekt, das aus

Anlass des 120. Geburtstages von Ulbricht erscheint, und mit dem zugleich auch an seinen Tod vor 40. Jahren erinnert werden soll, ist etwas ganz anderes. Egon Krenz hat an die siebzig Personen der Zeitgeschichte befragt, die in dieser oder jener Form mit dem einstigen Staats- und

Parteichef zu tun hatten. Herausgekommen ist gleichsam eine Heerschaar von Zeitzeugen, und wenn man deren Alter bedenkt, weiß man, dass dies vermutlich bei sehr vielen die letzte Möglichkeit zur öffentlichen Mitteilung war. Mancher – etwa Kurt Blecha, der jene denkwürdige Pressekonferenz im Juni 1961 leitete, auf der Ulbricht davon sprach, dass niemand die Absicht habe, eine Mauer zu errichten – verstarb wenige Tage nach dem Interview.

Sie alle tragen Unbekanntes, nie Publiziertes bei, wodurch ein außerordentlich differenziertes, facettenreiches Bild von Ulbricht entsteht, wie es eines vermutlich noch nie gab. Es berührt sehr, wenn die 102-jährige Elfriede Brüning darüber berichtet, wie im Hinterzimmer ihrer Ladenwohnung in Moabit 1933 Ulbricht und die illegale KPD-Führung heimlich tagten. Oder wenn Rainer Fuckel, Ulbrichts Leibarzt, wenige Tage vor dessen Tod diesen fragt, ob er nach nunmehr erfolgter Renovierung der Kurklinik in Bad Liebenstein wieder dorthin zurückkehren oder bei ihm bleiben solle, und Ulbricht ihm rät, unbedingt jetzt nach Thüringen zu gehen: Er mache nicht mehr lang, und dann würde auch Fuckel vom Hof

gejagt werden ...

Nahezu alle Felder seines Wirkens werden durch die Gespräche und Texte erfasst, kaum ein Gebiet, was vergessen wird. Die Sammlung ist nicht nur eine Fundgrube für Historiker, sondern auch eine sehr informative, unterhaltsame und dennoch

höchst politische Lektüre über einen Mann, der vermutlich der einzige Staatsmann von Format war, den die DDR hervorgebracht hatte, wie nicht wenige der Befragten erklärten. Sein Nachfolger (und Herausgeber) trug diese Aussage mit souveräner Gelassenheit und zeigte sich zumindest in diesem Punkte seinem Vorgänger annähernd ähnlich.

"Walter Ulbricht". Herausgegeben von Egon Krenz, ca. 608 Seiten, 24.99 Euro Erscheint im Juni im Verlag Das Neue Berlin

Wahlstab

Der Stadtvorstand hat den Wahlkampfleiter für die Bundestagswahl in geheimer Wahl gewählt, sowie die Mitglieder des Wahlstabes berufen, so dass nun folgendes Team bereitsteht:

- Ricky Burzlaff, Wahlkampfleiter
- Marco Böhme, Jugendwahlkampf
- Steffi Deutschmann, Verbindung zur Basis, Veranstaltungen
- Elke Gladytz, Finanzen
- Kay Kamith, stv. Wahlkampfleiter, Betreuer von Mike Nagler
- Steffen Klötzer, Betreuer von Dr. Barbara Höll, Verbindung zum Landeswahlplenum
- Juliane Nagel, Verbindung zum linxxnet
- Pia Witte, Öffentlichkeitsarbeit

Impressum:

Redaktion:



Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig,

Braustraße 15, 04107 Leipzig, Fon: 0341/14 06 44 11 Fax: 0341/14 06 44 18 web: www.dielinke-leipzig.de email: vorstand@ die-linke-in-

leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, Konto: 11 25 50 42 22

BLZ: 860 555 92 Steffi Deutschmann

Dr. Christina Mertha Naomi-Pia Witte (V.i.S.d.P.)

Simon Zeise

Gestaltung: Naomi-Pia Witte Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 6/2013 ist Mittwoch, 05. Juni 2013. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.